

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333

Nr. 108 · Sept. 2011



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Südhessen mit den
Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
Odenwald und PAST Darmstadt/Lorsch

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

GdP BZG Südhessen
Norbert Weinbach,
Antonio Pedron

Die Bezirksgruppe im Internet:
www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

Vorwort	Seite 4	Senioren trafen sich im Vogelpark	Seite 13	JHV der Kreisgruppe Odenwald	Seite 25
Polizisten demonstrieren in Darmstadt	Seite 5	Gießen im Mittelpunkt von Hessen	Seite 15	Wo bleibt der Aufschrei?	Seite 27
Das Bekleidungskonto	Seite 7	Terminankündigung / Seminare	Seite 16	Wir haben eine Freund verloren	Seite 28
Der südhessische Personalrat wieder im Mutterhaus	Seite 8	Polizei ist Teil der Sicherheitsagentur in Deutschland	Seite 17	Vom Verkehrskommando zu ZK 41	Seite 28
Eine etwas andere Auslandsmission	Seite 9	Politik geht uns an den Kragen	Seite 18	Flugsicherungsstreife im Einsatz	Seite 29
Karl Kärcher verabschiedet sich	Seite 10	„Aufstand der Ordnungshüter“	Seite 21	JHV der Bergsträßer Polizei	Seite 30
Leserbrief	Seite 11	GdP deckt weltweit Risiken der Mitglieder	Seite 24		
Hinzübersetzungen im PP Südhessen	Seite 11	Hilfe bei Schadensersatz	Seite 24		



Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Antonio Pedron

die dritte und vorletzte Ausgabe dieses Jahres befindet sich in euren Händen mit vielen Informationen und Themen, die uns betreffen.

Die letzten drei Monate haben uns sehr bewegt weil insbesondere das Polizeipräsidium Südhessen einen neuen dauerhaften Auftrag zugewiesen bekommen hat- den Flughafen Objektschutz. Auch das Polizeipräsidium Südosthessen hat diesen Auftrag in seinem Zuständigkeitsgebiet erhalten- Und das entgegen vieler Vorschläge diese Aufgabe beim Polizeipräsidium Frankfurt zu belassen. Dies hätte viele Vorteile gebracht und insgesamt die Situation entspannt. Im Polizeipräsidium Frankfurt befinden sich ausreichend Führungs- und Einsatzmittel und Personal um etwaige Ausfälle jeglicher Hinsicht abzufangen.

Weiterhin ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb das hohe Haus LPP bei der Berechnung von notwendigem Personal einen anderen Berechnungsfaktor wählt.

Sind wir in Südhessen unfähig?

Vielmehr überraschend war die Hiobsbotschaft, dass wir eine Zuweisung weniger erhalten, weil ein angehender Kommissar oder Kommissarin die Laufbahnprüfung leider nicht bestanden hatte. Das heißt, dass bei Nichtbestehen der Laufbahnprüfung ein Polizeipräsidium direkt betroffen ist und einen Ausfall zu verzeichnen hat. Das spiegelt die extrem dünne Personaldecke der hessischen Polizei wieder. Dieser Umstand führte dazu, dass von Seiten der Abteilung Verwaltung und der Abteilung E eine Art Personalpoker mit dem LPP entstanden ist- Als ob wir keine anderen Sorgen hätten. Anerkennen muss ich, dass unsere Fehlstelle letztendlich besetzt wurde.

Weiterhin vermissten wir in diesem Quartal die Ehrlichkeit und Wertschätzung unseres Innenministers. Die unbeabsichtigte und inhaltlich fehlerhafte Verkündung der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten durch das Finanzministerium, bewegten unseren Innenminister nicht dazu die Presseerklärung zu korrigieren. Die Einmalzahlung für die Beamten und Beamtinnen war nie beabsichtigt.

Nein, in der Politik wird das üblicherweise ausgesessen. Fehler können die nicht zugeben.

Unser Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller hatte Anfang Juni alle Parlamentarier angeschrieben, es folgten diverse Gespräche mit Innenminister und Mitglieder des Landtages, weiterhin haben wir auf dem Hessestag alle Stände der Landtagsfraktionen aufgesucht und unseren Unmut zum Ausdruck gebracht. Zeitgleich haben wir eine Postkartenaktion gestartet an der sich die Bezirksgruppe Südhessen sehr gut beteiligt hat- Wir haben knapp 1000 ausgefüllte Postkarten erhalten. Hessenweit haben wir 10.000 Postkarten gesammelt.

Am 13. August fanden in mehreren Städten in Hessen Protestaktionen statt. Wir standen zentral am Luisenplatz mit unserem Stand um die Bürgerinnen und Bürger mit unserer Aktion Polizei im Spannungsfeld „AUCH MENSCH“ zu informieren.

Zeitgleich hat der Hauptpersonalratsvorsitzende Jens Mohr Herr um Mitteilung gebeten, um bei der Anhörung die Stimmungslage der hessischen Polizei wiedergeben zu können.

Eine Flut von Emails ging ein. Angefangen von Anwärter bis zum höheren Dienst, alle haben sich beteiligt. Hier konnte man Solidarität spüren!

Jens Mohr Herr übergab die anonymisierten Emails über die Stimmungslage, in eine geklebte Buchversion von über 100 Seiten an die

Fraktionsvorsitzende und an unserem Innenminister.

Durch den Besuch des Dalai Lama wurde die beabsichtigte Beschlussfassung verschoben. Somit steht zu Redaktionsschluss das Ergebnis nicht fest.

Das Land Hessen ist nun mehr Großkunde bei der Bahn und den Beschäftigten wird auf die Jahreskarte ein satter Rabatt von 6% eingeräumt. In diesem Zusammenhang haben wir in der Presseerklärung das Wort Schuldenbremse lesen können. Ab diesem Zeitpunkt hätte jeder zusammenzucken müssen, denn die Wahrheit ist, dass aufgrund der beschlossenen Schuldenbremse die Landesregierung Geld sparen muss. Deshalb gibt es auch kein Jobticket. Das hessische „Unwort“ des Jahres heißt Schuldenbremse. Wir werden dieses Wort demnächst sehr oft hören.

Bereits unter der damaligen Führung unseres Freundes Volker Bouffier wurde eine drastische Beschneidung der Beihilfe geplant- Und wenn es nach der Landesregierung ginge bereits demnächst mit dem 2. DRModG ab Januar 2012.

Aufgrund der Kürzung könnte es passieren, dass ein lediger Polizeikommissar, um 100% in der Krankenversicherung versorgt zu sein, bis zu 150,— pro Monat mehr bezahlen müsste!

In diesem Report findet ihr einen gesonderten Artikel zu diesem Thema.

Hierzu habe ich in der 33. KW eine Rundmail an alle Dienststellen und Organisationseinheiten versandt. Es ist wahrlich nicht meine Aufgabe schlechte Nachrichten zu verbreiten, aber meine Motivation war, jeden rechtzeitig über diesen drastischen Einschnitt zu informieren. Nur wenn es im Geldbeutel drückt und im Hypothalamus angekommen ist, dann müsste jeder von uns wach werden!

An dieser Stelle möchte ich eine Brücke schlagen zu den anderen hessischen Verbänden wie DPOLG und BDK. Beide riefen zu einer zen-



schätzung max. 100 Teilnehmer vor Ort. Das ist noch nicht mal 1% der hessischen Polizeibeschäftigten. Wenn man die Kundgebung gesehen hat, dann konnte man insgesamt 4 Fahnen der DPOLG und 1 des BDK zählen. Die restlichen ca. 60 Fahnen (Schätzung) waren von der Deutschen Steuergewerkschaft. Genau betrachtet waren von den ca. 100 Teilnehmern deutlich mehr als die Hälfte keine Polizeibeschäftigten!

Das Resultat muss so frustrierend gewesen sein, dass sogar zwei Tage später auf deren Homepages nichts dazu nachzulesen war.

Was möchte ich damit sagen?

Anscheinend haben es noch nicht alle verstanden!

Hoffnungsvoll und motiviert, verbleibe ich mit kollegialen Grüßen

Antonio Pedron

tralen Kundgebung am 17.08.2011 nach Wiesbaden auf. Dieser Termin musste verschoben werden. Wahrscheinlich weil auf dem Dern'schen Gelände gerade Wein- feststimmung war. Die Kundgebung

wurde um 6 Tage, auf den 23.08.2011 verschoben. Man hatte mehr Zeit sich zu organisieren und trotzdem waren am Tag der hessen- weiten zentralen Kundgebung von DPOLG und BDK nach meiner Ein-

„Polizisten demonstrieren in Darmstadt“

so hieß der Artikel vom Darmstädter Echo Online vom 13.08.2011.

Der Landesvorstand hatte für diesen Tag Protestaktionen in verschiedenen hessischen Städten geplant und durchgeführt.

Die Bezirksgruppe Südhessen befand sich zentral mit allen Kreisgruppen auf dem Luisenplatz vor dem Liebigdenkmal in Darmstadt.

Wir haben die Bevölkerung auf unsere Not aufmerksam gemacht, mit unserer Kampagne „AUCH MENSCH- Polizei im Spannungsfeld“.

Die Botschaft lautete:

Das Maß ist voll!!!

Die Belastungsgrenze der Kolleginnen und Kollegen ist erreicht. Viele alltägliche Aufgaben sind durch die Polizistinnen und Polizisten bald nicht mehr zu bewältigen.

Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben wie Terrorismusbekämpfung, Internetkriminalität und die Überwachung ehemals sicherungsverwahrter Häftlinge.



v. l. n. r. Uschi Hess ehem. Frauenbeauftragte im Vorruhestand, PHK Rolf Leinz, Antonio Pedron und Annerose Meierewert beide stellv. Personalratsvorsitzende, KHK in Susanne Lorz, KHK Didi Rodenheber, Michael Schweikert Personalratsvorsitzender, POK Volker Fischer

Wir halten den Kopf hin und sorgen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger!!!

Daher fordern wir:

- | keinen weiteren Personalabbau und die Schaffung zusätzlicher Stellen
- | keine Einkommenseinbußen und die vollständige Übernahme von Tarifabschlüssen



Fast alle Beteiligte des GdP-Standes gehören dem Gremium des Personalrates an.

- | keine weitere Erhöhung der 42 Stunden Woche – das ist bereits einmalig in Deutschland
- | eine altersentsprechende Verwendung der Kollegen und Kolleginnen
- | keine weitere Erhöhung der Lebensarbeitszeit

Polizisten sind AUCH MENSCHEN und keine Maschinen, die auf Knopfdruck funktionieren und zu ersetzen sind. Auch sie haben Familie, Freunde und Bekannte, die sich um sie sorgen.

An diesem Tag hatten wir viele interessante Bürgergespräche, leider gab es auch den einen oder anderen der sich für die Polizei nicht interessierte. Am Standort wurden wir auch von diversen Kolleginnen und Kollegen besucht.

Wir sind an diesem Tag sehr zufrieden ins Bett gegangen, weil wir wussten dass es richtig war auf die Straße zu gehen.

Ich bedanke mich bei allen für den Einsatz.

Antonio Pedron



Bürgergespräche der anderen Art

Das Bekleidungskonto

In der Personalratsinfo vom Juli 2011 haben wir informiert, dass es möglicherweise zu fehlerhaften Buchungen der Bekleidungskammer in Ditzingen gekommen ist.

Insgesamt haben sich bei mir 16 Betroffene gemeldet. Aufgrund der Rückmeldungen habe ich dann einen Termin beim PTLV vereinbart. Mit dem verantwortlichen des PTLV, POK Tobias Bayer, bin ich die süd-hessischen Fälle der Betroffenen durchgegangen, soweit das so gewünscht war.

In drei Fällen war die Mahnung absolut ungerechtfertigt.

Vier Fälle sind noch in der Prüfung und bei den restlichen waren die Forderungen berechtigt, teilweise wegen Überziehung oder Kripo-angehörige haben Artikel der „Schutzpolizei“, wie Handschuhe oder Allwetterschuhe, bestellt oder man hat im Glauben der Verrechnung des kommenden Jahres noch im Dezember Bekleidung bestellt. Der Differenzbetrag wird nicht mit dem neuen Guthaben des neuen Jahres verrechnet.

Alle Kolleginnen und Kollegen haben von mir persönlich eine Rückmeldung erhalten.

Im Folgenden möchte ich den aktuellen Erlass zur Verdeutlichung aufführen:

(Quelle:PTLV, Tobias Bayer)

Anwärter	Betrag	Anmerkung:
PK-A/KK-A		
1. Ausbildungsjahr	0	Der Zeitraum beginnt jeweils zum Studienanfang, also 01.02. oder 01.09. und dann jeweils 12 volle Monate.
2. Ausbildungsjahr	130	
3. Ausbildungsjahr	130	
Kriminalbeamte bis zur Vollendung des 55. Lebensjahr	220	Davon werden 183 zu je 1/12 Anteilen (15,25) mit den Bezügen monatlich überwiesen! 37 werden für Sportbekleidung auf das Kleidergeldkonto gebucht.
ab dem 56. bis zum 58. Lebensjahr	126	89 über das Privatkonto und 37 weiterhin auf das Bekleidungskonto w. o.
Nach dem 58. Lebensjahr	0	analog Schutzpolizei
Schutzpolizei/Wasserschutz Wachpolizei		
1. bis 3. Jahr nach der Ausbildung/Studium	167	Kriminalkommissare/in erhalten ebenfalls in der ersten drei Jahren nach Beendigung des Studiums 167 auf das Kleidungskonto überwiesen.
Bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres	220	
ab dem 56. bis zum 58. Lebensjahr	126	

- I **Kripoangehörige** dürfen über ihr Bekleidungskonto ausschließlich Sportartikel erwerben. Die Bezahlung anderer erworbener Artikel erfolgt über Rechnung!
- I **Sonderbekleidung** für Kripoangehörige mit Außendiensttätigkeit (OPE, Fahndung, MEK, SEK, operativ tätige OE, JVS, KTU, Radfahrer) können z. B. Wappen, Klettaufschrift Polizei, Allwetterschuhe, Handschuhe etc. über die Dienststelle bei Z3 beschafft werden. Hier wird der Bedarf und die Berechtigung gesondert geprüft.
- I **Portokosten** / Man kann so oft bestellen wie man möchte, lediglich sind drei Retouren kostenfrei. Ab der 4. Retoursendung entstehen für den Besteller Portokosten.
- I **Rechnungserstellung** / Bei Budgetüberschreitung wird sofort für den nicht gedeckten Betrag eine Rechnung erstellt, die beglichen werden muss- unabhängig ob die Ware zurück gesandt wird- Bei Rücksendung erfolgt immer eine Gutschrift auf das Kleiderkonto und wird nicht

verrechnet! Die Rechnung bleibt somit bestehen. Beispiel: Laufschuhe Größe 42 und 42,5 werden bestellt. Insgesamt kosten diese 130 (á 65). Das Kleiderkonto weist ein Guthaben von 100 auf. Automatisch wird eine Rechnung in Höhe von 30 erstellt. Bei Rücksendung eines Paares werden auf dem Guthabekonto 65 gutgeschrieben. Eine Verrechnung zwischen Rechnung und Retour erfolgt nicht.

- I **Geschlechtsuntypische Bestellung** / Problematisch wird es wenn männliche Kollegen Frauensportschuhe bestellen oder einer mehrere Größen (38, 40, 42) erworben hat. Hier liegt der Verdacht, dass diese Schuhe nicht dienstlich verwendet werden. In diesem Fall, sofern sie auffallen, werden nachträglich Rechnungen erstellt. Gleiches gilt wenn weibliche Kollegen Männerartikel bestellen. Solche Bestellungen führen zu Nachfragen und können disziplinarrechtliche Verfahren mit sich führen. Der Bekleidungslerlass erlaubt die Ver-

wendung der Dienstbekleidung, auch Sportsachen, nur in Verbindung mit dem Dienst und auch nur für den eigenen Gebrauch.

- I **Pensionierung** / Bei Bestellungen von Gegenständen vor der Pensionierung oder Beendigung des Dienstverhältnisses (z. B. durch Kündigung) dürfen keine Bekleidungsgegenstände mehr bestellt werden. Hier entfällt die dienstliche Nutzung. Eine Rückforderung könnte die Folge sein bzw. sollte man vorher und rechtzeitig sein Kleidergeld verwenden.
- I **Änderung der Dienststelle** / Die Dienststellenanschrift kann ausschließlich über das PTLV Z3 geändert werden. Hierzu muss man eine Email an HEPT-E-Shop@polizei.hessen.de senden.

Unser Kollege Tobias Bayer, PTLV, Telefon 0611- 8801-2320 hilft bei Fragen und Unstimmigkeiten gerne weiter.

Antonio Pedron
stellv. Personalratsvorsitzender

Der südhessische Personalrat wieder im Mutterhaus

Wir freuen uns euch mitteilen zu können, dass wir Mitte Juli unsere vorläufigen Büroräume im Präsidium beziehen konnten.

Ihr findet uns bis Oktober 2011 im Erdgeschoss rechts im Flügel des 2. Reviers.

Im Oktober werden wir erneut innerhalb des Erdgeschosses auf die andere Seite umziehen müssen, so die Planung.

Durch unseren Auszug aus der Orangerie haben wir für E4 Platz machen können und aufgrund des landesweiten Austausches der Computerarbeitsplätze musste der

Umzug überraschend schnell vollzogen werden.

Es kursierten diverse Gerüchte, so dass ich aufklären kann, dass wir nie Büroräume im 3. OG in unmittelbarer Nähe von PÖÄ/Präsidialbüro beziehen wollten und richtig ist auch, dass wir nie dafür gesorgt haben, dass andere Organisationseinheiten für den Personalrat umziehen mussten.

Zum Verständnis: Eine entsprechende gesunde räumliche Distanz des Personalratsbüros zu den Büroräumen der Behördenleitung begründet sich aufgrund unserer Tätigkeit von selbst und Bedarf keiner weiteren Erklärung.

Wir bedanken uns bei unseren „Hausmeistern“ und der Abteilung Z für die enorme Unterstützung.

Gleichzeitig bedanken wir uns bei der Abteilung Verwaltung für die sehr kollegiale und angenehme Zusammenarbeit in der Orangerie und hoffen, dass es weiterhin so bleibt.



Neue Telefonnummern / Räume der GdP-Personalratsvertreter

Michael Schweikert	EG. Raum 20	06151- 969-2461
Annerose Meierewert	EG. Raum 01	06151- 969 2464
Antonio Pedron	EG. Raum 01	06151- 969-2463

Eine etwas andere Auslandsmission

Ein Bericht von und mit KHK Steffen Gabriel

Der Ruesselsheimer Kriminalbeamte Steffen GABRIEL (39) befindet sich seit Februar 2011, voraussichtlich fuer ein Jahr, in der Europaeischen Polizeimission "EUPOL COPPS" (EU Co-ordinating Office for Palestinian Police Support).

Bis Mitte Juli 2011 war KHK Steffen GABRIEL der einzige deutsche Polizeivollzugsbeamte in der aus insgesamt 51 internationalen Beschaeftigten europaeischen Polizeimission.

Der Start der Mission war am 01.01.2006, deren vorrangige Mandatsaufgabe sich ueberwiegend auf die Implementierung von grossen und kleinen Projekten im Bereich des palaestinensischen Polizei- und Justizsektors erstreckt.

Bei seiner ersten Auslandsdienstreise, nach seiner Wahl als hessischer Ministerpraesident, kam es Mitte Juni 2011 auch zu einem Treffen zwischen Herrn Ministerpraesident Bouffier, einer Delegation von Landtagsabgeordneten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung.

Der Delegation wurde die Lage und die Missionsziele, durch den stellvertretenden Leiter der Mission, dem daenischen Kollegen Jesper FRIEDRICHSEN, dargestellt sowie der Dienstag von Kriminalhauptkommissar Steffen Gabriel erlaeuert.

Weiterhin war noch der deutsche Polizeiberater, Polizeidirektor Alexander Fritsch, anwesend. Polizeidirektor Fritsch (BPol) ist als bilateraler Berater im palaestinen-sischen Innenministerium in Ramallah taetig, aber kein EUPOL COPPS Angehoeriger.

Polizeidirektor Fritsch gab der Delegation einen umfassenden Ueberblick ueber die bilateralen deutsch-palaestinensischen Polizeiprojekte.

Gerade die politischen Veraenderungen in den vergangenen Wochen und Monaten im nordafrika-



Das Bild zeigt Herrn MP Bouffier und KHK Gabriel bei der Verabschiedung nach dem gemeinsamen Treffen.

nischen Raum und im Nahen Osten machen die Wichtigkeit solch eines europaeischen und somit auch eines deutschen Engagements in dieser Region deutlich.

Eine demokratische, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei sowie ein funktionierender Verwaltungsapparat ist auch fuer eine moegliche Zwei-Staaten-loesung und der Stabilitaet in diesen Regionen unabdingbar.

Eine stabile Region im Nahen Osten und den Mittelmeeranrainern, ist auch fuer die Sicherheit und den dauerhaften Frieden in Europa und somit auch Deutschland von Bedeutung.

Fussballlaenderspiel:

Da auch Sport, insbesondere Fussball, die Menschen zusammenfuehrt, zeigte das am Donnerstag, 28.07.2011, in Ramallah, stattfindende Qualifikationsspiel zur naechsten Fussball-WM 2014 in Brasilien.

Palaestina, in der Qualifikationstrunde Asien, absolvierte gegen Thailand das Rueckspiel in der 2. Qualifikationsrunde.



Seit dem 01.07.2011 ist der Trainer von Thailand der in Deutschland bestens bekannte Fussballtrainer und ehemalige Nationalspieler "Winnie" Winfried SCHAEFER

Das Hinspiel in Bangkok endete die Woche zuvor 1:0 fuer Thailand.

Nach dem 2:2 in Ramallah ist Palaestina ausgeschieden und Thailand zieht in die 3. Qualifikationsrunde ein.

Nach dem Spielende hatten der baden-wuerttembergische Kollege, Kriminalhauptkommissar Peter HEEPEN (seit 11.07.2011 in der Mission), und Kriminalhauptkommissar Steffen Gabriel die Moeglichkeit "Winnie" alles Gute fuer den weiteren Qualifikationsweg nach Brasilien zu wuenschen.

Steffen Gabriel

Karl-Kärchner – „Pionier der polizeilichen Pressearbeit“

verabschiedet sich an seinem 60. Geburtstag in den wohlverdienten Ruhestand



Es war schon ein besonderes Ereignis, als sich „Charly“ Kärchner an seinem 60. Geburtstag nach 41 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet hat.

Eine Vielzahl von Gästen war der Einladung in das Hofgut Reinheim nachgekommen, wo sich das Geburtstagskind in einem sehr anspruchsvollen Rahmen bei seinen langjährigen Weggefährten, Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei einer Vielzahl von Medienvertretern für die gute Zusammenarbeit bedankte.

Neben den dienstlichen Weggefährten war selbstverständlich auch die Familie des Jubilars an diesem Ehrentage anwesend. Auch seine Schwester, die eigens aus Kuala Lumpur angereist war, gehörte zu den Gästen.

Der Charly hat alle seine rd. 90 Gäste persönlich vorgestellt. Für jeden Gast hatte er dafür eigens einige Anmerkungen parat, so dass nach der kurzweiligen Vorstellung jeder jeden kannte.

In seiner Ansprache betonte der Jubilar, dass in seinem Ruhestand alles so weiter geht wie bisher – außer dass er arbeitet.

Er berichtete darüber, dass der Polizeiberuf und auch seine 23-jährige Tätigkeit in der Pressestelle für ihn immer spannend und aufregend waren. Insbesondere in der Pressearbeit war es niemals Routine und es gab immer eine individuelle Bewertung jedes Einzelfalles. Nicht selten war es aber auch eine Gratwanderung, einerseits die sehr sensiblen Ermittlungen nicht zu gefährden, gleichzeitig jedoch den

Anspruch der Öffentlichkeit auf Informationen zu garantieren.

Auch Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber beglückwünschte den angehenden Polizeipensionär an seinem 60. Geburtstag, verzichtete aber mit Rücksicht auf die Gäste auf ein persönliches Ständchen.

Humorvoll schilderte er den polizeilichen Werdegang des angehenden Jubilars. Nach seiner Ausbildung bei der III. HBPA lagen die dienstlichen Schwerpunkte vor allem bei seiner Tätigkeit beim damaligen 4. Polizeirevier in Darmstadt-Arheilgen, wo er auch als DGL eingesetzt war. Über eine Geschäftszimmertätigkeit beim R 4 kam er zu dem damaligen Hauptsachgebiet Schutzpolizei, ehe er 1988 bei der Pressestelle endgültig ankam. Seitdem war er in der polizeilichen Pressearbeit tätig. Der PVP bezeichnete den langjährigen Pressesachmann dann auch als Pionier der polizeilichen Pressearbeit in Darmstadt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung händigte PVP Brunnengräber dem Jubilar auch seine Ruhestandsurkunde aus und bedankte sich für die langjährige und sehr gute Zusammenarbeit.

Auch der des Personalratsvorsitzende Michael Schweikert bedankte sich in seinen Grußworten für die sehr gute Zusammenarbeit und lobte den Charly als angenehmen und engagierten Kollegen.

Vor allem bedankte er sich mit einem Präsent für die schon mehr als 30 Jahre bestehende Mitgliedschaft und Treue zur Gewerkschaft der Polizei.

Wer nun meinen könnte, dass es dem Charly in seinem Ruhestand nun langweilig wird, der hat sich sicher getäuscht, auch wenn er bei dieser Veranstaltung gesagt hat, dass alles so bleibt wie es ist, nur dass er nicht mehr arbeitet.

Insbesondere sein Engagement als Vorsitzender der Opferhilfe Südhessen, welches er mit sehr hohem Aufwand betreibt, aber auch sein Engagement als Stadtverordneter, im Kreistag und verschiedenen Ausschüssen werden dafür sorgen, dass bei dem Charly keine Langeweile aufkommt.

Wir wünschen dem Charly und seiner Familie für seinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute, vor allem aber Glück und Gesundheit. MS

Seminarankündigung

Das Tagesseminar der Bezirksgruppe Südhessen zum Thema

„Das Auswahlgespräch“

findet am Montag, 07.11.2011 und/oder am Dienstag, 08.11.2011 statt.

Der Tagungsort wird innerhalb des PP Südhessen liegen und wird rechtzeitig gesondert mit der Einladung mitgeteilt.

Interessierte Mitglieder können sich gerne noch für die Nachrückliste anmelden.

Für diese Art der Fortbildung kann man Sonderurlaub/Bildungsurlaub beantragen. Näheres hierzu wird in der Einladung bekannt gegeben.

HPR-Zeitung oder auch als "Bullen-Bravo"

bekanntes Journal, veröffentlicht keine Leserbriefe- Wir schon!

Leserbrief zur Presseveröffentlichung des HMDI

„Hessische Beamtinnen und Beamte partizipieren an der Einkommensentwicklung“

In Anbetracht einer Inflationsrate von 2 % und mehr erscheint der Rundbrief von Herrn Innenminister Rhein mehr als realitätsfremd, wenn er von einer zeitnahen und einer der allgemeinen Einkommensentwicklung entsprechenden Besoldungsanpassung spricht. M.E. hätte zumindest ein zeitgerechter Inflationsausgleich gezahlt werden müssen, damit die Aussagen im Rundbriefe des Innenministers zutreffen.

Die abermalige unterschiedliche Anpassung der Gehälter im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes unter Vorenthalt der Einmalzahlung von 360 ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Hessen als Geberland im Länderverbund sollte auch im Hinblick auf die unerwartet höheren Steuereinnahmen in der Lage sein, auch seine Beamtinnen und Beamte entsprechend zu besolden.

Vorbildcharakter dessen könnte die Diätenerhöhung des Landesabgeordneten von 2,8 % zum 1. Juli sein. Insbesondere die drastisch ge-

stiegenen Kraftstoffpreise und Lebenshaltungskosten haben in den letzten Monaten zu schmerzlichen Einkommensverlusten bei den Kolleginnen und Kollegen geführt.

Sofern die Worte des Innenministers „alle Landesbediensteten leisten hervorragende Arbeit und dürfen daher nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden“ keine leeren Worthülsen sein sollen, muss bei der Gehaltsanpassung deutlich nachgebessert werden.

Ralf Müller
PP Südhessen

Überproportional viele Hinzuversetzungen zum Polizeipräsidium Südhessen im August 2011

Wenn man sich die Anzahl der Hinzuversetzungen im August 2011 anschaut, könnte man auf den ersten Blick den Eindruck haben, dass es eine ganz besondere Personalvermehrung beim PP Südhessen gegeben hat.

Bei näherer Betrachtung ist das allerdings nicht der Fall, obwohl insgesamt 56 neue Kolleginnen und Kollegen zum PP Südhessen versetzt wurden, was im Vergleich der vergangenen Hinzuversetzungen durchaus einen sehr hohen Personalszuwachs darstellt.

In aller Regel sind die Hinzuversetzungen ein Personalausgleich für Ruhestandsversetzungen bzw. der Wechsel von Kolleg/innen des PP Südhessen zu anderen Personalbewirtschaftern.

Fairerweise muss erstmals seit langer Zeit anerkannt werden, dass erstmals seit vielen Jahren alle Fehlstellen des PP Südhessen zum Versetzungstermin besetzt werden konnten.

Das ist einerseits den erhöhten Einstellungszahlen der vergangenen Jahre zu verdanken, geht aber gleichzeitig auch mit einer erheblichen Reduzierung der Einsatzzei-



heiten der Bereitschaftspolizei einher.

Darüber hinaus gibt es einen zweckgebunden Personalszuwachs von 22 Stellen für die Gefährdungslage am Frankfurter Flughafen. In der Vergangenheit wurden diese notwendigen Objektschutzmaßnahmen durch das PP Frankfurt sowie die Bereitschaftspolizei abgedeckt.

Da sich dieser gefährdete Bereich unter anderem im Dienstgebiet des PP Südhessen befindet, wurden diese Objektschutzmaßnahmen nun dem PP Südhessen übertragen. Im Vorfeld gab es hierzu bereits zum 01.02.2011 einen zweckgebunden Personalausgleich von 10 Vollzugs-

stellen. Da die Objektschutzmaßnahmen bereits seit Februar 2011 teilweise schon durch den Bestand der Wachpolizei abgedeckt werden konnten, ergab dies einen kleinen Synergieeffekt für einige Dienststellen des PP Südhessen.

Wegen dieser Objektschutzmaßnahmen, die sich überwiegend im Dienstbereich der Pst. Mörfelden-Walldorf befinden, gab es zu diesem Versetzungstermin einen erhöhten Personalbedarf bei der PD Groß-Gerau, die künftig die Objektschutzmaßnahmen grundsätzlich in eigener Verantwortung sicherstellt. Dies hatte wiederum zur Folge, dass beispielsweise Versetzungswünsche zu den Direktionen

in Darmstadt-Dieburg oder Bergstraße nicht unmittelbar erfüllt werden konnten.

Dafür war es zu diesem Versetzungstermin aber möglich, dass Absolventen der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) ohne

eine Verweildauer bei der Bereitschaftspolizei unmittelbar zum Polizeipräsidium Südhessen versetzt werden konnten.

In einer Willkommensveranstaltung begrüßten am 08.08.2011 Polizeivizepräsident Brunnengräber

wie auch der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert alle neuen Kolleginnen und Kollegen und wünschten ihnen einen guten Start und viel Erfolg für die neuen Aufgabenstellungen beim PP Südhessen.

MS.

Senioren feierten bei Regen

Bergsträßer Polizeipensionäre trafen sich im „Vogelpark“



Christine Seibel, Herbert Vettel, links, Wilfried Seibel und Hannelore Vettel, rechts, kümmern sich am Grill um das Wohl ihrer Gäste. nw

Regenwetter konnte die gute Laune der Bergsträßer Polizeipensionär/innen und Rentner/innen nicht trüben, als sie sich zum traditionellen Sommerfest im Heppenheimer „Vogelpark“ trafen. Gut 80 Senior/innen und Freunde zählte Wilfried Seibel, Seniorenvertreter der GdP Kreisgruppe Bergstraße im Laufe des Nachmittags. Darunter waren auch einige Lokalpolitiker, Angehörige seines Jahrgangs 43/44, Vertreter des Senioren-Kegelclubs AH 72, der Bergsträßer GdP-Vorsitzende Mike Majewski und der hessische Landesvorsitzende der GdP-Senioren, Norbert Weinbach. Die Gäste saßen „wasserdicht“ in Zelten oder in der Vorhalle des Vogelheimes und plauderten meist über alte Zeiten aber auch darüber, dass die Landesregierung den Beamt/innen den für den Tarifbereich ausgehandelten Abschluss nur gekürzt (ohne die 360 Euro Einmalzahlung) und Monate später auszahlen wolle. Die Senioren waren nicht so weit vom Dienst entfernt, dass sie nicht wussten, wie hoch die Arbeitsbelastung

ist, dass Polizist/innen in Hessen 42 Stunden in der Woche arbeiten müssen und dass ihre Lebensarbeitszeit von 60 auf 62 Jahre verlängert worden ist.

Grillspezialitäten

Das alles konnte ihnen aber die gute Laune nicht verderben. Hobbykoch Wilfried Seibel hatte nämlich, zusammen mit dem früheren Heppenheimer Stadtpolizisten Herbert Vettel, einige kulinarische Köstlichkeiten auf den Holzkohलगrill gelegt. Argentinische Rumpsteaks standen ebenso auf dem Menüplan wie Schweine- und Hähnchenbrust-

filets. Dazu gab es schmackhafte Salate. Unterstützt wurden die beiden von Seibels Ehefrau Christine und von Vettels Ehefrau Hannelore. Das Angebot fand reißenden Absatz. Dicht belagert war aber auch der Gasgrill des pensionierten Kollegen und Hobbyanglers Norbert Ferdinand. Der brutzelte Zanderfilets, die sich großer Beliebtheit erfreuten. Insgesamt konnte sich das Grillangebot sehen lassen, fiel ein wenig aus dem Rahmen des ansonsten üblichen Grillgutes. Ein kühles Bier schmeckte den Polizisten a.D. auch bei Regen gut.

Weitere Termine

Die Vereinigung der Bergsträßer Polizeipensionär/innen, die einst von dem Lampertheimer Stationsleiter Johnny Zahrt gegründet worden war, besteht nun seit 36 Jahren. Durch Kegelnachmittage, Feste, Wanderungen und Ausflüge wird sie lebendig gehalten. Für Wilfried Seibel, den Präsidenten der Vereinigung, der auch noch im DGB-Ortskartell aktiv ist, bedeutet das viel Arbeit. Am 18. Oktober wird das Herbstfest im Gasthof Jäger in Heppenheim-Erbach gefeiert. Am 18. November kegeln die Senior/innen beim „Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier“ gegen den Kegelclub AH 72 und am 1. Dezember wird mit



Die Bergsträßer Polizeisenior/innen ließen es sich gut gehen beim Grillfest im Heppenheimer „Vogelpark“. nw



Norbert Ferdinand, links, grillte zarte Zanderfilets. nw

dem Nikolauskegeln der Jahresabschluss gefeiert. Die Kreisgruppe Bergstraße der Polizei feiert am 17. September im „Halben Mond“ ihr 60jähriges Jubiläum. Auch da werden die Senior/innen nicht fehlen.

nw

Alles Gute, Karl!

Lieber „Schriftführer“ Karl,
danke für deinen Einsatz!

Wir haben es Dir zu verdanken, dass unsere Dienststelle so ist wie sie ist. Wir danken Dir für die immer freundliche und zuvorkommende Art und Weise mit der Du uns stets begegnet bist.

Du hast Dir den Ruhestand wirklich verdient!

Hierfür wünschen wir Dir eine lange gesunde Zeit in vertrauter Zweisamkeit mit deiner Frau.

In Anerkennung für seine unermüdliche Arbeit als Vorstandsmitglied überreichten wir ihm im Namen aller Mitglieder der Kreis-



v. l. n. r Carsten Pick, stellv. Schriftführer, Karl Will, Schriftführer, Antonio Pedron

gruppe eine Einladung zur Weinwanderung im Rheingau.

Deine Kolleginnen und Kollegen der PD Groß-Gerau, Pst. Rüsselsheim und deine Kreisgruppe Groß-Gerau.
A.P.

Gießen im Mittelpunkt von Hessen

Vizepräsident Peter Kreuter lobt GdP-Arbeit

Gut eingelebt beim Polizeipräsidium Mittelhessen hat sich inzwischen der ehemalige Frankfurter Peter Kreuter als Vizepräsident des Präsidiums. Die Kolleg/innen kommen auch ganz gut mit ihm zurecht. Eigenlob betrieb Peter Kreuter allerdings nicht, als er jetzt mit der GdP im Rahmen einer Vorstandssitzung in Gießen sprach. Er lobte vielmehr die erfolgreiche Arbeit der GdP, die Probleme anspreche und auch zu lösen versuche.

Sein Lob galt aber auch dem Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut, der sich zu den Krawallen in London geäußert habe. So etwas könne und dürfe es in Deutschland nicht geben. Man müsse präventiv tätig werden in Schulen und im Jugendbereich, um solche Ereignisse zu verhindern.

Peter Kreuter bezeichnete Gießen als Mittelpunkt von Hessen. Deshalb würden hier auch die Dienststellenleiterbesprechungen abgehalten. Er lobte das Hebungsprogramm zur A11, betonte aber auch, dass Mittelhessen bei der Verteilung der Hebungsstellen ein wenig zu kurz gekommen sei. Hier habe man ein besseres Ergebnis er-



Fruchtbar war das Gespräch, das der GdP-Landesvorstand mit, v.l., dem Vizepräsidenten von Mittelhessen, Peter Kreuter und dem GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut führten, rechts der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller. NW

wartet, um die erfolgreiche Arbeit der Kolleg/innen zu würdigen.

Zur Beseitigung der Problematik der Altersstruktur, müsse man die GdP mit ins Boot holen. Man müsse Lösungen suchen, wie man die Vielzahl der eingeschränkt dienstfähigen Kolleg/innen sinnvoll einsetzen könne. Leider sei hier vom ärztlichen Dienst der Polizei bisher keine Unterstützung gekommen.

Kritik übte Kreuter auch an der Zusammenarbeit mit der HI, dem Immobilienmanagement der Polizei, dem man immer wieder auf die Füße treten müsse.

Kritisch äußerte sich der Vizepräsident auch zu den zu erwartenden Regelungen im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz II. Hier sehe er die GdP als Ansprechpartner für die Politik.



Drei Frankfurter Vertreterinnen im GdP Landesvorstand, v.l., Marianne Diefenthaler, Petra Mosbauer, Elke Oswald, daneben Vizepräsident Peter Kreuter und der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Withaut. NW

„EINE FÜR ALLE“ ist der Slogan der Gewerkschaft der Polizei. Dahinter steht auch der Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen mit dem Vorsitzenden Toni Pedron, vorne Mitte. Es geht darum, zu zeigen, dass Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Tarifbeschäftigte eine Einheit sind und dass deshalb alle Polizeibeschäftigten in eine einzige Gewerkschaft gehören, in die GdP. Die GdP vertritt die Interessen Aller. nw



Kreisgruppe Groß-Gerau informiert...

Terminankündigung

Skat-Turnier

Freitag, 18.11.2010, 19:30 Uhr im Restaurant „bootshaus“
An der Festung 2, 65428 Rüsselsheim

Teilnehmen dürfen alle Mitglieder, deren Angehörige und alle Polizeibeschäftigte des PP SH.

Eine Startgebühr wird erhoben. Näheres wird mit der Ausschreibung bekannt gegeben (Grüne Infowand).

Wir bitten um Anmeldung per Email an:
juergen.fuehrer@polizei.hessen.de (Polizeistation Kelsterbach)
oder per Telefon an:
Antonio Pedron, 0172- 101 55 22

Pensionärstreffen der Polizeidirektion Groß-Gerau- Grillfest

Freitag, 16.09.2011, ab 13:00 Uhr
Rüsselsheim, Im Haßlocher Tann 10
Gelände des THW-Rüsselsheim

Durch die Direktionsleiterin Frau Stephan müssten alle Pensionäre der PD GG angeschrieben und eingeladen worden sein.

Manchmal geht eine Einladung verloren und das ist keine Absicht. Solltest Du keine Einladung erhalten haben, dann melde Dich bitte telefonisch bei

Iris Sohnemann, Telefon 06142/ 696- 112 (Führungsgruppe).

Die PD GG freut sich über jede Anmeldung.

Jörg Bruchmüller bezeichnete Peter Kreuters Einsatz für Mittelhessen als aner kennenswert. Die von ihm angesprochenen Probleme, und auch andere, seien bekannt und würden von der GdP beachtet.

NW

Vorbereitung auf den Ruhestand

Landesseniorenvorstand lädt Kolleg/innen von 58 bis 67 Jahren ein

In diesem Jahr hat der GdP-Landesseniorenvorstand wieder ein Seminar organisiert „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Durchgeführt wird es am 2./3. November 2011 in der Gaststätte „Zur Krone“ in Tann/Rhön, Am Stadttor 2, Tel. 06682-213, Hompage:

Seminar teilnehmer (Tarifbeschäftigte, 63 bis 67 Jahre und Pensionär/innen, 58 bis 62 Jahre) müssen einen Eigenbeitrag von 20 Euro bezahlen. Das ist die Voraussetzung für eine Anmeldung. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Ehepartner/innen können auch angemeldet werden. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt.

Vorgesehene Themen sind: Pflegeversicherung, Probleme beim Zusammentreffen von Rente/Pension, Bewegung und gesunde Ernährung, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Testament, Vollmacht zur Beihilfe.

Anmeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GdP, Ruth Brunner, Wilhelmstr. 60 a, 65183 Wiesbaden, Fax 0611-9922727, E-Mail:
rbrunner@gdp-online.de

Norbert Weinbach

Polizei ist Teil der Sicherheitsagentur in Deutschland

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut im Gespräch mit dem GdP-Landesvorstand

„Die Polizei ist Teil der Sicherheitsagentur in Deutschland“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut in einem Gespräch mit dem hessischen GdP-Landesvorstand im Polizeipräsidium Mittelhessen in Gießen im Hinblick auf die Krawalle in England. Man dürfe jetzt die Diskussion darüber nicht überziehen, müsse seriös bleiben, eine demokratische Rolle spielen. Die GdP lege Wert darauf, sich in gesellschaftspolitische Probleme einzumischen. Sie kenne die Randgruppen, die Nahtstellen zur Kriminalität. Gerade die Gewaltkriminalität und vor allem die gegen die Polizei, sei im Steigen, wie neueste Statistiken von Berlin zeigten, wo 40 Prozent beim Polizeihauhalt eingespart worden seien. In London habe man 20 Prozent eingespart. Das gehe alles nur über Einsparungen beim Personal. England sei allerdings anders als hier. Da gebe es zu wenig Bereitschaftspolizei, um an Brennpunkten eingesetzt werden zu können. Bei den dortigen Krawallen sei es nur um Kriminalität gegangen. Jugendliche hätten die Gunst der Stunde genutzt. In Deutschland würden Krawalle durch die Medien herbeigeredet, die in dieser Form hier eigentlich nicht passieren dürften. Die GdP wende sich dagegen, dass es hier zu Initialzündungen kommen könne. Jetzt seien Besprechungen nötig, um die Lehren aus diesen Krawallen zu ziehen. In Deutschland werde die Polizei besser ausgebildet, was sich am Beispiel der Weiterbildung für Amok-Einsätze zeige. Der Einzeldienst sei immer zuerst vor Ort, müsse handeln, Spuren sichern, dürfe nicht erst auf Spezialkräfte warten.

Gewaltkriminalität nimmt zu

Bernhard Witthaut ging auf die Probleme mit der Bekämpfung der Internetkriminalität ein, forderte die Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung der Kriminalität, auch wenn „Madame No“ (Bundesjustizministerin) dagegen sei. Wer die freiheitlich-demokratische Grund-

ordnung in Frage stelle, müsse auch ausgeforscht werden können. Man dürfe auf Facebook nicht machen, was man wolle.

Witthaut bedauerte, dass die Einführung des Digitalfunks nicht vorankomme. Alle Länder machten, was sie wollen. Änderungen müsse es in der Gesundheitspolitik geben vor allem bei der Pflegereform. Hier müsse mehr Geld ausgegeben werden, nicht alleine von den Betroffenen.

Der Bundesvorsitzende sprach von einem notwendigen Feldzug gegen die Rente mit 67. Auch die Pensionierungsgrenze von 62 Jahren für die Polizei sei nicht in Ordnung. Eine Faktorisierung der Arbeitszeit alleine helfe hier nicht. Alle Landesbezirke machen, was sie wollen. Hier zeige sich, dass Föderalismus nicht immer gut sei. Föderalismus sollte ein Wettbewerb sein, wir sollten die Politik vor uns hertreiben, aufzeigen, wo etwas besser zu machen sei. Bessere Gesetze wären zum Beispiel Notwendig bei der Bekämpfung der Gewalt gegen die Polizei. Nicht umsonst habe die GdP einen § 115 gefordert. Wer die Polizei angreife, müsse mit einer empfindlichen Strafe rechnen.

Witthaut ging auch auf das Schmerzensgeldurteil des Mörders Markus Gäfken ein. Auch wenn man es nicht unbedingt verstehe, man müsse es als rechtsstaatlich ak-

zeptieren. Folter gehe nicht. Man müsse Täter aber „intensiv“ vernehmen dürfen. Der § 136a regle das alles.

Kampf gegen Beihilfekürzungen

Es müsse endlich wieder zu einer einheitlichen Tarifrunde kommen. Hier müsse die Politik zu einer Entscheidung gezwungen werden. Die jetzt eingeführte Schuldenbremse im Staatshaushalt werde zu Personaleinsparungen führen, klagte Witthaut.

Gesundheitsreform und Lebensarbeitszeitverlängerung seien im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz I geregelt worden. In Hessen habe man eine differenzierte Regelung für „belastende Dienste“ gefunden. Die meisten Kolleg/innen könnten weiterhin mit 60 Jahren in Ruhestand gehen. Die GdP habe dafür aber auch etwas geben müssen. Beim Tarifabschluss habe man ein gutes Ergebnis erzielt. Leider wolle die Politik keine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamt/innen. Hier verhandele die GdP noch, alleine, ohne die Zusammenarbeit in der Kooperation mit DPoIG und BDK.

Anders sei es dagegen beim Dienstrechtsmodernisierungsgesetz II, wo die Gesundheitsreform mit der Änderung der Beihilfe ein wesentlicher Punkt sei.



Der GdP Landesvorstand mit dem Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut, vorne, 4.v.l., mit Krawatte. NW

Würden die Vorstellungen der Politiker umgesetzt, könne das zu erheblich höheren Monatsbeiträgen in der Krankenversicherung führen. Nach dem Motto „Wer schützt eigentlich die, die den Staat schützen“ gehe die GdP hier mit der KOOP ins Rennen. Wenn der vorliegende Entwurf umgesetzt würde, dann sei das demotivierend, sei eine Strafe für die Kolleg/innen. Er glaube zwar nicht, dass der Entwurf zur Regelung der Beihilfe zum Gesetz werde. Wenn das dennoch geschehe, werde es am Jahresende „relativ bunt“ zugehen. In der Diskussion zu diesem Thema wurde deutlich, dass den meisten Politikern wohl nicht klar sei, was sie hier anrichteten. Viele Beschäftigte wüssten noch nicht, was auf sie zukomme. Schon jetzt gebe es ein Problem mit der Motivation. Der „gelbe Schein“ spiele eine immer größere Rolle. Eine negativ veränderte Beihilfe wirke sich auch negativ aus auf die eingeschränkt dienstfähigen „Kolleg/innen“. Diese etwa 1300 Beschäftigten dürften im Regelfall

nicht bei besonderen Einsätzen verwendet, wohl aber im Einzeldienst eingesetzt werden. Der sei viel gefährlicher. Posttraumatische Belastungen nähmen zu, so die Vorstandsmitglieder. Vizepräsident Peter Kreuter forderte die Erforschung der Ursachen. Dass Hilfe von künftig zentralisierten ärztlichen Dienst der Polizei komme, bezweifelte er. Dann würden die Wege länger und das Unverständnis für die Arbeit der Mediziner größer.

Immer mehr Druck auf die Polizei

Angesprochen wurden in der Diskussion auch der zunehmende Druck auf die Polizei durch immer mehr Einsätze, durch Auslandseinsätze und die geforderte Kennzeichnung der Polizei, die es aber in Hessen nicht geben sollte. Das gebe unter anderem Probleme, wenn die Hessen in anderen Bundesländern eingesetzt würden, die die Kennzeichnung per Gesetz eingeführt hätten. Dazu komme, dass die Hun-

dertschaften im kleineren würden und ihre Zahl abnehme. Das Problem werde meist auf dem Rücken des Einzeldienstes ausgetragen. Das zeige sich auch bei der oft nicht funktionierenden HI. Wenn tarifbeschäftigte fehlten, müssten Polizeibeamt/innen des Einzeldienstes einspringen und die fehlten dann „an der Front“. Auch Führungskräfte würden oft für andere Aufgaben eingesetzt und seien nicht vor Ort verfügbar. Es gebe noch immer zu oft Personalverschwendung statt sinnvoller Personalverwendung, waren sich alle Beteiligten einig. Früher hätten bei Landesligaspielen zwei Funkstreifen genügt. Heute fordere man eine Hundertschaft. Das könne so nicht weitergehen. Das fördere das Unverständnis bei Kolleg/innen. Das gelte auch für andere „hausgemachte“ Probleme der Politik wie das outgesourcte Immobilienmanagement und die Uniformbestellungen. „Outsourcing ist nicht immer die ideale Lösung“, stellte Jörg Bruchmüller fest. NW

Politik geht uns an den Kragen

Änderung des Beihilferechts eine Bestrafung für Beamt/innen

„An den Kragen gehen“ heißt, jemanden bestrafen wollen. Das was die Politik, und hier insbesondere die hessischen Regierungspolitiker von CDU und FDP machen, nämlich die Beihilfe zu kürzen und den Beamt/innen die Tarifierhöhung erst viele Monate später zu gewähren, ist eine Bestrafung. Nimmt man dazu noch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz I, das unter anderem die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamt/innen brachte, und das Gesetz Nummer II, von dem auch nichts Positives für den öffentlichen Dienst zu erwarten ist, dann werden alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst schnell merken, wie ihnen die Politiker „an den Kragen gehen“ oder vielmehr an den Geldbeutel. Der wird nämlich immer leerer, gemessen an der Inflation und an dem, was wir mehr ausgeben müssen für unsere Gesundheit.

Es trifft vor allem Familien mit Kindern



Hermann Müller, Seniorenvertreter von Osthessen, hier mit Gerhard Kaiser von der Gewerkschaft ver.di, hat die Diskussion um die Änderung der Beihilfeverordnung in die Wege geleitet. nw

Normalerweise versteht man unter Reformen eine Verbesserung des Bestehenden. Das kann man allerdings bei den Dingen, die die deutschen Politiker in den vergangenen Jahren als Reformen verkauft, nicht sagen. Unter diesem Aspekt

kann man auch die Änderung der Hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO) sehen.

Hier werden, um es mit den Worten von Ministerpräsident Volker Bouffier zu sagen, damals noch hessischer Innenminister, 30 Millionen

Beihilfeberechtigung	heute	künftig	es fehlen
Beihilfeberechtigte(r) ledig für stationäre Aufwendungen	65%	50%	15%
Ehefrau des Beihilfeberechtigten ohne Kinder für stationäre Aufwendungen	70%	50%	20%
Beihilfeberechtigte(r) verheiratet mit zwei Kindern für ambulante Aufwendungen	65%	50%	15%
dto. für stationäre Aufwendungen	80%	50%	30%
Versorgungsempfänger verheiratet für stat. Aufwendungen	80%	70%	10%



Aufmerksame Zuhörer bei der Informationsveranstaltung zur neuen Beihilfeverordnung. nw

Euro pro Jahr gespart. Dem ist nichts hinzuzufügen, wenn man nicht auf dem Rücken von Familien mit Kindern sparen würde. Die trifft es nämlich mit dem jetzt vorliegenden Entwurf zur Änderung der Beihilfeverordnung am härtesten. Da darf man sich nicht wundern, wenn sich DGB und die öD-Gewerkschaften dagegen wehren. Diese Änderung ist eine der Auswirkungen der Schuldenbremse, für die die Bürger/innen bei der Landtagswahl 2009 gestimmt haben. Sie trifft in erster Linie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, auch die Beamt/innen, wie man jetzt an der Umsetzung des Tarifergebnisses sieht. Statt „1:1“, wie anfangs noch von Innenminister Boris Rhein gesagt wurde, gibt es jetzt eine erste Gehaltserhöhung sechs Monate später wie bei den Tarifbeschäftigten und es gibt keine Einmalzahlung von 360 Euro. Die zweite Stufe der Erhöhung folgt dann noch einmal sieben Monate später wie die Erhöhung für die Tarifbeschäftigten. Dafür haben die Landtagsabgeordneten sich aber die Diäten, also ihre Gehälter, um 2,8 Prozent erhöht. Dafür könnten sie nichts. Das sei ein Gesetz – allerdings ein Gesetz, das sie sich selbst gegeben haben. Wer hindert diese scheinheiligen Damen

und Herren aller Couleur eigentlich daran, ein Gesetz zu schaffen, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen automatisch auf die Beamt/innen übertragen werden.

Änderung ist keine Verwaltungsvereinfachung

Bleiben wir aber bei der Beihilfeverordnung. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und Vorsitzende von Personalräten haben sich sachkundig gemacht. Das alles, was ihnen der sachkundige Mann von der Beihilfestelle erklärt hat, in einen möglichst kurzen Artikel zu bringen, ist kaum möglich. Dafür ist die Materie viel zu komplex. Das ist ähnlich wie bei einer Steuererklärung, wo man besser mit einem Berater zu Recht kommt als alleine. Plakativ kann man aber fünf wesentliche Punkte nennen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es hier, wie vollmundig angekündigt, keine Verwaltungsvereinfachung geben wird, sondern eine erhebliche Verwaltungsmehrarbeit im Abrechnungsverfahren, so sagen es zumindest die Fachleute, die täglich mit dieser Verordnung umgehen müssen. Wesentliche Änderungen will der Innenminister vornehmen bei der Streichung der Sachleistungsbeihilfe für die freiwilligen

Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, bei der Streichung der Beihilfe für Arbeiter und Angestellte, bei der massiven Senkung der Bemessungssätze für aktive Beamte und der Streichung des 15prozentigen Zuschlags für stationäre Behandlungen. Daneben werden auch die Material- und Laborkosten bei der Zahnbehandlung, die bisher mit 60 Prozent beihilfefähig waren, künftig nur noch zu 50 Prozent beihilfefähig sein. Das gilt auch für die Versicherten der Freien Arzt- und Medizinkasse (FAMK). Durch diese massiven Senkungen der Leistungen wird es dazu kommen, dass bei den freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten durch den Verlust der Sachleistungsbeihilfe Einnahmen fehlen werden, da die Beihilfe bis zu Höhe der Hälfte der gezahlten Beiträge komplett wegfällt. Folglich sind Beamt/innen, die in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen versichert sind, wesentlich schlechter gestellt, als die vergleichbaren Angestellten. Die Angestellten erhalten zumindest hälftig den Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von Arbeitgeber zugesteuert.

Bei den im aktiven Dienst beschäftigten Beamt/innen wird es durch die Änderung der Bemessungssätze zu starken Beitragsanpassungen kommen, die insbesondere bei den Beamt/innen mit Kindern zu monatlichen Beitragssteigerungen führen werden. Nach ersten Auskünften von Versicherungsberatern müssen sich die im aktiven Dienst befindlichen Beamt/innen auf massive Beitragssteigerungen einstellen. Die Notwendigkeit, sich zumindest beihilfekonform zu versichern, führt dann dazu, dass Beamt/innen in den unteren Einkommensgruppen bis zu 26 Prozent des Einkommens

für die Krankenversicherung aufwenden müssen. Zwar will der Verordnungsgeber künftig für die Kinder einen Bemessungssatz von 80 Prozent gewähren, das ist aber nur Augenwischerei, da die Aufwendungen für den Versicherungsbeitrag der Kinder sehr gering sind.

Recht glimpflich weg kommen die Pensionär/innen bei der jetzt vorgesehenen Änderung. Ganz ungeschoren bleiben aber auch sie nicht, wenn es um die stationäre Behandlung geht.

Wie sich die Bemessungssätze künftig gestalten sollen, ist in der

nachfolgenden Übersicht zusammengestellt.

Wie die Bemessungssatzsituation sich für jeden Einzelfall gestalten wird, kann hier natürlich nicht dargestellt werden, aber für uns alle sollte klar sein, dass die fehlenden Bemessungssätze über die private Krankenversicherung nachversichert werden müssen.

Beihilfe für Heilpraktikerleistungen?

In dieser Veranstaltung wurde durchaus streitig diskutiert, ob dem Innenminister vorgeschlagen werden sollte, die Beihilfe auf die Heil-

praktikerleistungen zur Disposition zu stellen. Letztlich ist es aber nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, die Hausaufgaben des Ministers zu machen.

Wie sagte ein Fachmann: „Geht es dem Verordnungsgeber nur um eine Kostensenkung, bedarf es keiner Systemänderung des hessischen Beihilferechts. Die Festlegung eines jährlichen Selbstbehalts, gegebenenfalls gestaffelt nach der Höhe der Bezüge, wäre hier einfachst umzusetzen und bei angemessener Höhe auch vertretbar“.

Norbert Weinbach

„Aufstand der Ordnungshüter“

Erinnerungen an die Zeit, als die Polizei „laufen“ lernte

Vor sechzig Jahren (1951) wurde die GdP Hessen gegründet. Vierzig Jahre ist es her, dass die hessische Polizei „laufen“ lernte, dass sie auf die Barrikaden gegangen ist (1970/71). Vor zwanzig Jahren (1991) wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, eine Auswirkung des Aufstandes der Ordnungshüter 1970/71.

Wie sah die Situation damals aus?

Befehl und Gehorsam, das war es, was die Polizei in ihrer Ausbildung nach dem Krieg gelernt und verinnerlicht hat. Es war die Fortsetzung einer Denkweise aus absolutistischer Zeit, nicht nur aus der Zeit der Nazidiktatur. Noch bis Anfang der 70er-Jahre war die Ausbildung der Polizei bei der Bereitschaftspolizei eher militärisch als auf den Einzeldienst bezogen. Da herrschte Befehl und Gehorsam. Da wurde am US-Karabiner und am FN-Gewehr ausgebildet. Es gab die ziemlich unsicher zu handhabende Maschinepistole Beretta und erst 1964 wurden die Maschinengewehre in den Waffenkammern der Bereitschaftspolizei eingemottet, weil die Polizei keinen Kombattantenstatus hatte, also keine militärischen Waffen verwenden durfte. Mit dieser Ausbildung wurden junge Leute dann auf die Menschheit losgelassen. Sie trafen im Einzeldienst fast durchweg auf ältere Polizeibeamte (Polizeibe-



In dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ wurden die Aktionen der Initiativausschüsse von Hessen wissenschaftlich aufgearbeitet, auch wenn beteiligte Polizisten und Wissenschaftler nicht immer einer Meinung waren. repro nw

amtinnen gab es nicht), die im Zweiten Weltkrieg gewesen waren, die in der Zeit der Nazidiktatur schon Polizeibeamte waren und denen Befehl und Gehorsam noch im Blut steckte. So war zum Teil auch der Umgangston. Es herrschte Hierarchie. Wer befördert werden wollte, um mehr Geld zu verdienen, musste nicht nur seine polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten

erledigen, er musste diesen Herren auch gefallen. Eine Beförderung hing nämlich von einer Beurteilung ab. Beurteilt haben aber immer nur Vorgesetzte. Da war es nicht verwunderlich, dass oft genug „Schleimer“ (den anderen Ausdruck will ich mir hier verkneifen) wie es damals hieß, nach oben kamen.

Die Jugend demonstriert für mehr Demokratie

Das führte im Laufe der Jahre zu ganz bestimmten Konflikten. Das lag zum einen daran, dass die jungen Leute in der Schule Geschichts- und Sozialkundeunterricht hatten und dass sie die mehr oder weniger herrschende Demokratie wirklich als „Macht des Volkes“ verstanden. Das zeigte sich in seinen Auswüchsen in den 60er-Jahren durch die Anti-Vietnam-Demonstrationen und Hausbesetzungen, durch die Studentenproteste der 68er-Bewegung (Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren) und in den 70er-Jahren auch durch den Terror der so genannten „Baa-der-Meinhof-Bande“, die nicht davor zurückschreckte, Männer aus Industrie und Politik aber auch Polizeibeamte, Wachleute und Chauffeure der Industriekapitäne zu ermorden. Hier traf die Denkweise der jungen Schutzleute mit der Denkweise der oft gleichaltrigen Studenten zusammen. Nicht selten hatten beide Gruppen die gleiche

Denkweise. Und doch musste die Polizei bei Demonstrationen gegen die Studenten vorgehen, musste Versammlungen und Aufzüge der Neo-Nazi (NPD) schützen, auch wenn die Polizisten oft mehr mit den Studenten und Hausbesetzern sympathisierten. Polizisten hatten für Recht und Ordnung zu sorgen, hatten die öffentliche Sicherheit vor diesem studentischen Mob und den Baader- Meinhof-Verbrechern zu schützen.

Was Recht und Ordnung war, das bestimmte die Politik, die herrschende Klasse. Das waren aber nicht die Politiker, das waren die Industrieburgen mit ihrer Wirtschaftsvereinigung. Deren Lobbyisten hatten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und mehr Macht als die Gewerkschaften. Wie sagte ein Kabarettist: „Politiker glauben, sie seien an der Macht – sie sind an der Regierung“.

Weniger Polizisten – mehr Frust

Jetzt kam noch hinzu, dass die Zahl der Polizisten nicht mit der steigenden Zahl der Automobile und der damit zusammenhängenden Zahl der Verkehrsunfälle standhalten konnte, dass die steigende Zahl der Kriminalität oft auf unzulänglich ausgebildete Polizisten traf. Dass die Polizei unzureichend ausgerüstet war, dass überall neu gebaut wurde, die Polizei aber in den alten städtischen und staatlichen Gebäuden unzulänglich untergebracht war. Dazu kam auch noch, dass die Polizei schlecht bezahlt wurde, dass die Belastung durch vermehrte Großeinsätze und steigende Überstundenzahlen zu immer mehr Frust führten.

Aufstand der Ordnungshüter

Das alles ist die Vorgeschichte, die im Herbst 1970 dazu führte, dass die Polizei in Hessen endlich aufmuckte, ihre Probleme in großen Versammlungen und bei Demonstrationen (6000 Polizisten waren bei einer Demo in Frankfurt) in die Öffentlichkeit trug. Das mündete in die „Initiativausschüsse“, zusammengesetzt aus den Bereichen der staatlichen und kommunalen Polizei, aus Mitgliedern der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV, der GdP und des BDK. Bekannt wurde dieses Auf-

begehren unter dem Schlagwort „Aufstand der Ordnungshüter“. Das war auch der Titel eines Buches, veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuchverlag, das versuchte, die damalige Situation zu analysieren und aufzuarbeiten. Daran beteiligt waren Polizeibeamte und Wissenschaftler der Universität Bremen. Aus Südhessen wirkte Horst Münchener mit, der damalige Vorsitzende der Bezirksgruppe Darmstadt in der GdP. Man muss die Meinung der Verfasser dieses Buches nicht unbedingt teilen, da es oft den Eindruck erweckt, klassenkämpferisch zu sein. Eines war aber auch damals schon deutlich. Gesetze wurden von der herrschenden Klasse gemacht. Herrscher waren die Leute, die das Geld hatten. Eine Statistik aus dieser Zeit sagt, dass 1,74 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des Betriebsvermögens verfügen. Das heißt, dass nicht nur heute die Schere von Kapital und Armut auseinander geht, sondern dass damals schon 98,26 Prozent der Haushalte nur über 26 Prozent des Betriebsvermögens verfügten.

men, wenn sie am „Wirtschaftswunder“ teilhaben konnten, sonst aber in Ruhe gelassen wurden. Da Polizisten aber politisch dachten, fiel ihnen auf, dass einiges mit dieser Gesellschaft und auch mit der Situation der Polizei nicht stimmte. Die Arbeit nahm zu, die Belastung und damit auch der Frust. Es war ein Hohn, dass die Politiker der Polizei für ihre Überstunden bei einem Großeinsatz pro Stunde 45 Pfennige anboten.

Mit bei den Initiativausschüssen

Als junger Polizeibeamter, Eintritt 1964, damals 26 Jahre alt, habe ich diese Geschichte hautnah miterlebt. Auch wenn an dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter“ fast nur Kollegen aus Nordhessen mitgewirkt haben, der Schwerpunkt des Aufstands lag in Südhessen. In Wiesbaden und Frankfurt waren die Massendemonstrationen. In der Riedhalle, die eigentlich nur 700 Leute fasst, waren 1500 Polizeibesetzte, nicht nur aus Südhessen, zusammen gekommen, um Politikern ihren Unmut deutlich zu machen. Da wurde der



Auch die Presse berichtete von den Protesten der Polizei in Südhessen. repro nw

Sicherheit durch Recht und Ordnung

So war es kein Wunder, dass Parteien Wahlwerbung machten mit dem Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ und dass sie damit Erfolg hatten. Auch das haben die Wissenschaftler damals herausgefunden, dass sich der größte Teil der Polizei politisch interessiert zeigte, der größte Teil der Bevölkerung aber eher nicht. Die abhängig Beschäftigten waren zufrieden, wenn sie hin und wieder mehr Geld beka-

SPD-Fraktionsvorsitzende Best (die SPD war an der Regierung) unter Beschuss genommen. Da bekam der CDU-Landtagsabgeordnete Milde (später Innenminister) Beifall, weil er sich hinter die Forderungen der Initiativausschüsse stellte und sie aufforderte, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, auch Heinz Herbert Karry (FDP), später ebenfalls Minister, stand auf Seiten der Polizei. Oswald Hodes, damals noch Bezirksvorsitzender der Polizei in der ÖTV, später Landesvorsitzender der GdP, sprach sich für eine ein-

heitliche Polizeigewerkschaft in der GdP aus. Das kam später. Da wirkten so Männer mit wie Werner Larem, Manfred Meise, Wilfried Pantheit und auch ich. Das ist aber eine andere Geschichte.

Zur Zeit der Initiativausschüsse wurde nicht nur die Forderung nach besserer Bezahlung, besserer Ausbildung und besserer Unterbringung laut, es ging auch darum, dass die Polizei mit besserer Ausbildung weg wollte vom Image des „Büttels“. Man wollte „das Bild des eigenverantwortlich handelnden, die Bürgerrechte schützenden und die innere Sicherheit gewährleistenden Polizeibeamten zeichnen. Dieses Ziel konnte nur über die Qualifizierung und entsprechende Bewertung des Polizeiberufs erlangt werden, also über die zweigeteilte Laufbahn“, sagte 30 Jahre später der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg. Nicht umsonst propagierten die Gewerkschaften den Begriff „Freund und Helfer“. Sozialarbeiter konnten die Polizisten zwar nicht sein, sie mussten aber immer wieder in Notfällen helfen, egal ob bei Verkehrsunfällen, handgreiflichen Auseinandersetzungen in Gasthäusern oder Familien, wenn Erwachsene oder Kinder vermisst wurden oder auch, wenn eine Katze von einem Baum geholt werden musste, weil sie sich alleine nicht mehr herunter traute.

Dem Druck standgehalten

Zu dieser Zeit kam auch erstmals die Forderung nach einer „zweigeteilten Laufbahn“ auf, für die die GdP zwanzig Jahre stritt, bis sie von allen Landtagsfraktionen in ein Gesetz umgemünzt wurde. Damals herrschte aber auch noch der eingangs erwähnte Begriff von „Befehl und Gehorsam“ oder, anders ausgedrückt, von „Zucht und Ordnung“. Den Vorgesetzten der Polizei waren die Initiativausschüsse nämlich ein Dorn im Auge. So kam es auch vor, dass allzu aufmüpfige Kollegen sozusagen „strafversetzt“ wurden. Die Masse der Kollegen hat dem Druck von oben aber standgehalten.

Ich will hier nur ein Beispiel erzählen, das die Sache verdeutlicht.

Bei einer gut besuchten Versammlung von Polizeibeschäftigten, nahmen viele Beamt/innen kein Blatt vor den Mund und erzählten, wo sie der Schuh drückt. Auch Stationsleiter waren darunter. Alle aber standen unter Druck „von oben“. Das äußerte sich anderntags so, dass der zuständige Polizeidirektor, es war ein kleiner Mann, beim Regierungspräsidium Darmstadt von diesen Polizeiführern eine Stellungnahme forderte.

Da ging einigen der Herren „die Muffe“, wie man volkstümlich sagt. Sie fragten mich, da ich einer der „Rädelsführer“ war, damals noch in der ÖTV, was sie machen sollten. Chef der Polizei war aber nominell der Landrat. So rief ich Dr. Lothar Bergmann an und schilderte ihm die Lage. Kein Problem, meinte er, ich bin der Chef, alle berichten mir und ich berichte ordnungsgemäß dem Regierungspräsidenten. Damit war die Sache vom Tisch.

Polizei ist für die Menschen da

Der Druck von oben war groß. Demokratie gab es zwar in der Gesellschaft, nicht aber bei der Polizei. Genau das aber war es, was die Polizeibeschäftigten wollten, mehr Mitspracherechte, mehr Demokratie. Heute sind wir eine Polizei mit Selbstwertgefühl, wir sind eine „Sicherheits-AG“, die sich um den Schutz der Bevölkerung bemüht. Wir sind gut ausgebildet und gut bezahlt. CDU und FDP haben uns zwar fast alle Mitbestimmungsrechte genommen und der Frust in der Belegschaft ist groß, wir geben aber nicht auf. Wir kämpfen weiter. Eine Gewerkschaft kann beginnen, aufhören kann sie nie. Und wenn die regierenden hessischen Politiker nicht begreifen wollen, wie es der Polizei geht, dann gibt es vielleicht in naher Zukunft wieder einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

Norbert Weinbach

Nachruf



Wir trauern um unser Mitglied Walter Kaiser, Polizei-Zentralbehörden. Er starb nach einer schweren Operation Mitte August im Krankenhaus in Regensburg.

Walter Kaiser war 63 Jahre alt. Er war verheiratet. 1965 begann er seinen Dienst bei der hessischen Polizei. Er arbeitete zunächst beim Fernmeldezug der Direktion der Bereitschaftspolizei, kam dann zum PK Bad Schwalbach und danach wurde er zur Fernmeldeleitstelle der Polizei in Wiesbaden versetzt. Nach dem Kommissarslehrgang wurde er Dienstgruppenleiter und technischer Sachbearbeiter. Durch die Organisationsänderung im Jahr 1997 kam er zunächst zum HPVKA und später zum Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV), wo er Vertreter des Leiters Z wurde.

Walter Kaiser kam 1966 zur GdP. Von 1975 bis 1996 war er KG-Vorsitzender der Fernmeldeleitstelle. Von 1976 bis 2002 fungierte er als Beisitzer FM-Dienst im GdP-Landesvorstand. Nach seiner Pensionierung im Jahr 2009 übernahm er die Funktion des Beisitzers für Senioren in der KG PTLV und wurde dann auch zum Mitglied des Landesseniorenvorstandes gewählt.

Walter Kaiser war in sportlichen und kommunalen Ehrenämtern aktiv. Zu seinen Hobbys gehörten Radfahren, historische Dampflokomotiven, Fotografie, Reisen und er war als aktiver Seniorenfußballer bekannt.

Wir haben mit Walter Kaiser einen freundlichen und ehrenamtlich stark engagierten Kollegen verloren. Die GdP wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. NW

GdP deckt weltweit Risiken der Mitglieder

Verschiedene Versicherungen bei der PVAG und bei der Generali

Der Polizeiberuf birgt jede Menge Risiken für alle Beschäftigten in diesem Bereich, für Beamt/innen und Tarifbeschäftigte. Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft der Polizei bei verschiedenen Versicherungen Verträge abgeschlossen zum Schutz ihrer Mitglieder. Über die Regressversicherung bei der PVAG habe ich in einem gesonderten Artikel geschrieben.

Unfallversicherung

Hier geht es nun zunächst um die Gruppen-Unfallversicherung. Diese Versicherung gilt weltweit sowohl bei beruflichen als auch bei außerberuflichen Unfällen. Der Schutz besteht auch für Kolleg/innen, die eingesetzt sind in Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Palästina, Georgien, Liberia, Sudan, Moldawien, Ukraine, Rafah, Libanon.

Versichert sind: Unfalltod (3000), Invalidität (4000), Vollinvalidität – Progression 250% (10.000),

bei gewaltsamem Tod im Dienst durch vorsätzliche Straftat eines Dritten (9000), Bergungskosten (5000), kosmetische Operationen (5000), Kur – Rehakosten (500). Für GdP-Mitglieder sowie deren Ehe-/Lebenspartner, die einen GdP-Rentenvertrag bei der Iduna Leben abgeschlossen haben, gibt es entsprechend höher Summen bei einem Unfall.

Zusätzlich hat die GdP eine Unfallversicherung abgeschlossen für Mitglieder, die ehrenamtlich oder nebenberuflich für die GdP tätig sind. Sie gilt auch für den direkten Weg vor und nach der Tätigkeit. Hier beträgt die Höchstsumme bei Vollinvalidität 210.000 Euro.

Haftpflichtversicherung

Eine weitere Versicherung für GdP-Mitglieder ist die Haftpflichtversicherung, die die hauptberufliche und ehrenamtliche Tätigkeit (außerhalb der Bürotätigkeit) ab-

deckt. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Schadensansprüche Dritter im Rahmen der gesetzlichen Haftpflicht. Personen- und Sachschäden sind hier pauschal mit 5 Millionen Euro abgedeckt.

Die dritte Haftpflichtversicherung ist eine Veranstalter-Haftpflichtversicherung. Sie gilt für Veranstaltungen, einschließlich Durchführung von Polizeifesten alle GdP-Untergliederungen. Versichert sind die Regulierung berechtigter und die Abwehr unberechtigter Schadensersatzansprüche Dritter.

Als letztes kommt noch eine Vermögensschaden- Haftpflichtversicherung dazu. Sie gilt für alle im Rechtsschutz tätigen Kolleg/innen.

Weitere Informationen zu den einzelnen Versicherungsverträgen können angefordert werden bei der Kollegin Lühr, Telefon 0211-7104 202. Norbert Weinbach

Hilfe bei Schadensersatz

Rechtsschutz der GdP mit Hilfe des Personalrats

Hin und wieder kommt es vor, dass ein Polizeibeschäftigter „Staatseigentum beschädigt“. Das berühmteste Beispiel war früher immer das Funkgerät, das auf dem Autodach liegen geblieben war und bei der Wegfahrt herunter fiel und beschädigt wurde. Dann kam regelmäßig der „Dienstherr“ (die zuständige Behörde) und wollte den Verursacher in Regress nehmen, wollte Schadensersatz. Schadensersatz muss aber nur leisten, wer grob fahrlässig gehandelt hat. Gegen diese Forderung sind GdP-Mitglieder über die Diensthafthpflicht-Regressversicherung geschützt.

Wenn die Behörde Schadensersatz verlangt, muss der/die Betroffene zunächst einmal Widerspruch einlegen. Darauf erfolgt eine Antwort der Behörde. Diese Antwort mit der entsprechenden Forderung, muss das Mitglied über die Kreisgruppe bei der GdP einreichen. Die GdP wird die Forderung prüfen und

im Zweifelsfall wird die Versicherung den geforderten Betrag bezahlen. Unterstützt werden kann das betroffene Mitglied durch den Personalrat. Das geht aber nur, wenn der Personalrat auch informiert und um Hilfe gebeten wird. Er wird nämlich von der Behörde nicht automatisch eingeschaltet. Wenn der Personalrat eingeschaltet wird, wird er die Angelegenheit auf einer Sitzung mit der Behörde besprechen. Dabei kann unter Umständen die ganze Sache schon aus der Welt geschafft werden und die Forderung ist hinfällig. Es ist nämlich sehr schwierig, eine grobe Fahrlässigkeit nachzuweisen. So etwas grenzt nämlich schon an grobe Fahrlässigkeit.

Deckungssummen

Die Deckungssummen liegen bei Personen- und Sachschäden pauschal bei 3 Millionen Euro, bei Vermögensschäden bei 13.000 Euro,

beim Abhandenkommen von Dienstschlüsseln bei 50.000 Euro und beim Abhandenkommen von Verwarnungsböcken bei 700 Euro. Diese Leistungen gelten auch bei einem Auslandseinsatz. Dazu gibt es noch eine Dienstfahrzeug-Regressversicherung bei Forderungen des Dienstherrn, die sich aus dem Führen von Polizeifahrzeugen, Polizeibooten, Polizeihubschraubern, Polizeihunden und Polizeipferden ergeben. Personenschäden sind abgedeckt bis 200.000 Euro, Sachschäden und Vermögensschäden bis 100.000 Euro. Diese Versicherungen gelten für alle im aktiven Dienst stehenden Mitglieder.

Also, liebe Kolleg/innen, bei einer Regressforderung des Dienstherrn immer den Personalrat einschalten, damit die Angelegenheit unter Umständen bereits im Vorfeld erledigt werden kann. Ansonsten hilft die Versicherung der GdP. nw

Besuch ließ zu wünschen übrig

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Odenwald

Im Mai hatte der Vorstand der Kreisgruppe Odenwald zur Jahreshauptversammlung ins „Erbacher Brauhaus“ eingeladen und somit für eine sehr gute Bewirtung gesorgt. Im Anschluss an den offiziellen Teil war als besonderes Bonbon für alle Teilnehmer ein gemeinsames „Schnitzeessen“ vorgesehen. Schließlich sind wir stets bemüht, unsere Mitglieder in allen Belangen bestens zu versorgen.

Bei all diesen Anstrengungen kann man eine gewisse Enttäuschung aber nicht verhehlen. Von den derzeit 82 Mitgliedern waren 14 anwesend. Erfreulich hierbei die deutliche „Übermacht“ der Pensionäre - unerfreulich das Desinteresse der aktiven Kollegen. Sicher ist allen bewusst, dass einige ihren Schichtdienst versehen mussten. Aber man kann auch klar erkennen, dass mit der monatlichen Beitragszahlung für viele die Berufsvertretung abgehandelt ist.

Über die Teilnahme unsers pensionierten Kollegen Markus Horlebein nebst Frau und Sohn konnten wir uns besonders freuen. War doch eine Stabilisierung des Gesundheitszustandes des an MS erkrankten Markus zu erkennen. Auch durften wir den inzwischen behindertengerecht umgebauten Pkw in Augenschein nehmen. Der



Nur schwach besucht war die Jahreshauptversammlung der KG Odenwald. tw

Umbau war in wesentlichen Teilen durch Spenden erfolgt, wobei sich hier die Solidarität der GdP-Mitglieder besonders gezeigt hat.

Die anwesenden Kolleg/innen wurden vom Vorsitzenden Thomas Walther über die Mitgliederentwicklung auf Bezirksebene informiert. Eine erfreuliche Steigerung dort über die magische 1000er Grenze hinaus kann aber nicht gänzlich über den schwachen Organisationsgrad bei den aktiven Kollegen (auch im Odenwald!!) hinweg trösten.

Im Bericht des Vorsitzenden kamen die wesentlichen Aktivitäten aus der KG zur Sprache, wie Teilnahme am Tag der offenen Tür der PD Odenwald, Demo Wiesbaden, Neujahrstreffen in Höchst und anderes. Bereits hier wurde auf die Ta-

rifverhandlungen/Tarifauseinandersetzungen hingewiesen.



Seit 25 Jahren Mitglied der GdP, Bernd Hochstädter, links, und Thomas Walther. tw

Inzwischen liegt uns allen das Ergebnis vor. Die hessische Landesregierung will von den Beamt/innen erneut ein Sonderopfer einfordern. Das Verhandlungsergebnis wird mit erheblichem Zeitverzug und ohne Einmalzahlung auf die Beamten übertragen. Es liegt an jedem Einzelnen, sich in einem solchen Fall einzubringen. Weder KG-Vorstand noch BZG-Vorstand oder der Landesvorstand alleine können die Politiker von ihrem Handeln abbringen. Dies kann nur die Masse der Kolleg/innen durch deutlichen Protest. Aber das dürfte mit etwas Überlegen einem jeden klar sein – oder? Ich kann nicht warten, bis mein“ Kollege/in etwas tut. Ich muss schon bei mir selbst zuerst anfangen.

Im Rahmen der Veranstaltung konnten zwei Jubiläumsurkunden für 25jährige Mitgliedschaft ausgehändigt werden. Hier durften sich der stellvertretende KG-Vorsitzende Bernd Hochstädter und Thomas Walther als Vorsitzender gegenseitig beglückwünschen. Weitere Jubilare,



Mit Hilfe von Spenden der GdP konnte das Fahrzeug von Markus Horlebein, im Rollstuhl, behindertengerecht umgebaut werden. tw

für 40 Jahre (Günter Porsche) und 25 Jahre (Peter Vierhaus), konnten leider nicht persönlich anwesend sein. Beim erwähnten anschließenden

den Schnitzeessen wurden noch viele Gespräche geführt. So manche Anekdote aus „alten Zeiten“ sorgte für Erheiterung. Wir werden

uns beim nächsten Mal wieder stark bemühen und hoffen auf rege Beteiligung der Kolleg/innen an ihrer GdP. tw

Wo bleibt der Aufschrei?

Rundschreiben von Thomas Walther sollte Kolleg/innen wachrütteln

Vorbemerkung: Auch wenn dieses Rundschreiben heute schon fast veraltet ist, so ist es doch ein Beweis dafür, dass sich GdP-Kolleg/innen Gedanken gemacht haben, wie man sich gegen die Willkür der CDU/FDP-Landesregierung zur Wehr setzen kann. Deshalb soll es auch hier im Report abgedruckt werden. Die GdP hat hessenweit einige Aktionen in Gang gesetzt, um nicht nur die Kolleg/innen aufzumuntern, etwas gegen die Politiker zu unternehmen. Dazu gehörten Anschreiben an die Landtagsabgeordneten nach dem Motto: „Jetzt reicht es - wir wehren uns“, eine Postkartenaktion und dezentrale Info-Stände, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Beamten werden betrogen

Die Tarifrunde 2011 konnte für die Tarifbeschäftigten in Hessen mit einem recht guten Ergebnis abgeschlossen werden. Das ist aber auch der einzige positive Satz in meinem Beitrag.

Wie dann fast zu erwarten war, soll die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten zeitlich abgekoppelt- und die Einmalzahlung ersatzlos gestrichen werden. Mit einer Verschiebung um drei Monate und der Gewährung der Einmalzahlung hätten wir auch noch gut leben können. Aber nun stellt sich unser Innenminister hin und verkündet, das Ergebnis würde eins zu eins für die Beamten übernommen.

Er verschweigt hierbei jedoch, dass wir in diesem Jahr um sechs Monate von der Einkommensentwicklung abgehängt werden und nicht die Einmalzahlung von 360 Euro bekommen. Und beim zweiten Teil der Erhöhung im kommenden Jahr sind es sogar sieben Monate, die die Polizei auf eine Gehaltserhöhung warten muss.

Aktionen sind gefordert

Liebe Kollegen, das dürfen wir uns so nicht gefallen lassen. Wir haben in den vergangenen Jahren schon viel zu viele Kröten geschluckt, und stets wurden diese Streich-/Kürzungsaktionen fast widerspruchslos hingenommen. Das Gemeckere und Gemaule hierbei werte ich nicht als Protest. Es zeigt maximal die Hilflosigkeit der Beamtenschaft (Lehrer ausgenommen – die wissen, wie man sich wehren kann!!!! Und die trauen sich auch noch!!!!).

Momentan herrscht große Stille im Land und ich habe den Eindruck, viele Kolleg/innen haben sich schon mit dem Ergebnis abgefunden. Nirgendwo kann ich ein Konzept für Protestaktionen erkennen. Nun habe ich auch nicht den Stein der Weisen gefunden, aber mir immerhin einige Gedanken gemacht.

So könnte man z.B. medienwirksam unsere Verwarnungsgeldblöcke einsammeln und in Wiesbaden abliefern. Ich wäre auch noch mit

der Abgabe der Blöcke in den Geschäftszimmern einverstanden. Das würde ein Zeichen setzen, dass wir nicht mehr gewillt sind, alles hinzunehmen. Niemand kann uns übrigens zwingen, einen Verwarnungsgeldblock zu besitzen. Bekanntlich können OWi auch auf anderem Wege verfolgt werden.

Dies soll nur ein Beispiel für unseren Protest sein. Wer bessere Vorschläge hat, wird hiermit aufgefordert, diese an die GdP-Funktionäre zu übermitteln. Vor allem fordere ich jetzt schon alle Beamt/innen auf, sich an den künftigen Aktionen zu beteiligen. Nur durch geschlossenes Handeln können wir die Politiker von ihrem Irrweg abbringen. Freiwillig bewegen die sich nie auf uns zu. Sie nehmen höchstens freiwillig ihre neue Diätenerhöhung mit einem Schmunzeln in Empfang.

Lasst Euch doch nicht länger für dumm verkaufen. Bewegt euch. Jetzt – verdammt noch mal!

Thomas Walther
Stellv. Bezirksgruppenvorsitzender



Einmal mehr brachte es der Karikaturist Tomicek auf den Punkt: Die hessische Polizei wird ausgequetscht, die Landtagsabgeordneten bekommen ihre Diäten erhöht.

Wir haben einen Freund verloren

Paul Prütting starb nach langer schwerer Krankheit

Die GdP Bergstraße nimmt schweren Herzens Abschied von ihrem langjährigen Vorstandsmitglied Paul Prütting. Während seiner Tätigkeit als Kfz-Handwerker bei dem damaligen Polizeikommissariat Heppenheim und später beim Polizeipräsidium Südhessen, hat sich Paul Prütting sowohl im Vorstand der GdP Bergstraße als auch im Personalrat für die Interessen der Arbeiter nachhaltig eingesetzt. Nun ist er nach schwerer Krankheit am 21. Juni im Bensheimer Hospiz im Alter von 65 Jahren verstorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Paul Prütting

Von der VW-Werkstatt zur Polizei

Nach seinem Schulabschluss absolvierte Paul Prütting bei der Firma Wiest in Heppenheim eine Berufsausbildung als Kfz-Mechaniker und war im Anschluss dort auch als Geselle beschäftigt. Nach Ableistung seines Wehrdienstes bei der Bundeswehr hat er sich für die Kfz-Werkstatt des Polizeikommissariats Heppenheim beworben, wo er im April 1969 eingestellt wurde. Im Zusammenhang mit der Polizeiorganisationsreform im Jahr 2001 wurde die PD Heppenheim dem PP Südhessen angegliedert. Die Heppenheimer Kfz-Werkstatt war dann zunächst nur noch eine Außenstelle. Die Werkstatt wurde Ende 2003 endgültig geschlossen. Mit nachvollziehbaren Argumenten konnte

Paul Prütting damals belegen, dass die Schließung der Werkstätten der falsche Weg war. Letztendlich wurde bei den politisch Verantwortlichen so lange gerechnet, bis die Privatisierung „billiger“ schien. Verhindern konnte man weder die Schließung der Außenstelle Heppenheim, noch die Auflösung der Werkstatt beim PP Südhessen.

Die damaligen Kfz-Handwerker wurden nach Schließung der Kfz-Werkstatt als Schießstandwart sowie als Unterkunfts- und Hausarbeiter in den Direktionen Bergstraße, Odenwaldkreis, Darmstadt-Dieburg und Darmstadt eingesetzt. Nichts desto trotz bedeutete diese Veränderung aber auch eine Abqualifizierung unserer erfahrenen Facharbeiter der Kfz-Werkstatt.

Engagierter Personalrat

Während dieser Zeit hatte sich Paul als Personalvertreter nachdrücklich dafür eingesetzt, dass sowohl der Dienort Heppenheim wie auch die Eingruppierung bei den betroffenen Beschäftigten erhalten werden konnten. Es war damals sicherlich Pauls hohem Engagement zu verdanken, dass der Rationalisierungsschutz nicht nachteilig für die betroffenen Kfz-Handwerker ausgelegt wurde. Es war eine schwierige Zeit, die Paul Prütting und seine Freunde und Kollegen der Kfz-Werkstatt bewogen, die Altersteilzeit im Blockmodell zu beantragen. Am 1. August 2006 hat Paul mit der Freistellungsphase der Altersteilzeit begonnen, Ende Februar 2009 wurde er in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Paul Prütting hinterlässt seine Frau Ingeborg, mit der er seit mehr als 41 Jahren verheiratet war, sowie seine 36 Jahre alte Tochter.

Es ist schön einen Menschen wie den Paul kennen und schätzen gelernt zu haben. Umso schlimmer ist es, dass uns ein Freund für immer verlassen hat. Er war stets gut gelaunt, hilfsbereit und ein echter Kumpel. Selbst die Freundschaft und Verbundenheit der Mitarbeiter der ehemaligen Heppenheimer Kfz-Werkstatt hat noch heute Bestand.

Michael Schweikert

Vom Verkehrskommando zu ZK 41

Petra Fischer feierte 25jähriges Dienstjubiläum und kam zur GdP

In einer kleinen Feierstunde beim ZK 41 wurde Mitte Juni das 25 jährige Dienstjubiläum von Petra Fischer besonders gewürdigt. Die Verwaltungsangestellte hatte dabei das Vergnügen, durch zwei Direktionsleiter gleichzeitig gratuliert zu bekommen. Durch ihren Wechsel vom 3. Polizeirevier zum ZK 41 übernahmen dies Rudi Balß für die Kriminaldirektion und Helmut Biegi für die PD Darmstadt-Dieburg. Beide wa-

ren natürlich in Begleitung der alten und neuen Dienststellenleiter Peter Wolfenstädter und Manfred Wohlfahrt.

Petra Fischer begann ihre Polizeilaufbahn 1974 beim damaligen Verkehrskommando. Nach der Geburt ihrer Kinder nahm sie bei der Polizei eine Auszeit, die allerdings bis 1991 dauerte. 1991 waren ihre Stationen dann das K 23 und das K 21, und 1995 wechselte sie zum 3.

Polizeirevier, wo sie das Geschäftszimmer der DEG übernahm.

Die mit einem solchen Jubiläum verbundenen Rückblicke auf die Entwicklung von Steno und Maschinenschreiben zu ComVor und IZEMA nahmen natürlich breiten Raum ein.

Den Glückwünschen schlossen sich bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen neben den neuen Mit-



Reinhard Wittke begrüßt Petra Fischer als neues GdP-Mitglied. hb

arbeiterinnen und Mitarbeitern

auch Annerose Meierewert vom Personalrat und von der GdP Reinhard Wittke an. Er kennt die Jubilarin schon seit etwa zwanzig Jahren. Zum Gratulieren kam auch die Gleichstellungsbeauftragte Rosemarie Wieddekind.

Zu bemerken wäre noch, dass Petra Fischer mit dem Wechsel zum ZK41 nicht nur Ihre Dienststelle, sondern auch Ihre Gewerkschaft gewechselt hat und von der GdP Kreisgruppe Darmstadt als neues Mitglied begrüßt werden konnte. In seiner Funktion als Vorsitzender der Kreisgruppe begrüßte Reinhard Wittke sie ganz herzlich und über-



PD Helmut Biegi überreicht Petra Fischer die Jubiläumssurkunde. rw

reichte ihr ein kleines Willkommensgeschenk. hb/rw

Flugsicherungsstreife im Einsatz

Eine neue Aufgabe für die Wachpolizei und der PD GG



Noch ein wenig ungewohnt ist das Gespräch der Wachpolizistinnen Stephanie Kuhn (links) und Monika Duric mit einer Fußgängerin im Außenbereich des Frankfurter Flughafens. ke

Gelegenheit für ein Bürgergespräch der etwas anderen Art vor ungewohnter Kulisse haben hier unsere Wachpolizistinnen Stefanie Kuhn und Monika Duric vom Polizeipräsidium Südhessen (PPSH). Nicht selten werden den Streifen von Radlern, Spaziergängern und anderen Erholungssuchenden in den Wäldern und Wiesen rund um den südwestlichen Bereich des Frankfurter Flughafens neugierige Fragen gestellt. Dies gehört inzwischen zum dienstlichen Alltag der Wachpolizei und ist Teil der umfassenden Schutzkonzeption für den nicht nur größten Flughafen Deutschlands, sondern für eines mit jährlich 53 Millionen Passagieren weltweit bedeutendsten Luftfahrt-drehkreuze überhaupt. Bis Februar

2011 war ausschließlich das PP Frankfurt für die Sicherheit der Ein- und Abflugschneisen verantwortlich, dann wurden die Einsatzmaßnahmen zum Außenschutz den angrenzenden Flächenpräsidien übertragen, wo diese Aufgabe nun von der Wachpolizei noch mit Beteiligung der Bereitschaftspolizei wahrgenommen wird.

Objektschutz durch die Wachpolizei

Für unsere Wachpolizei ist das Thema Objektschutz zwar selbstverständlich, neu war allerdings die Herausforderung, mit dem vorhandenen Personal relativ kurzfristig einen 24-Stunden-Dienst auf die Beine zu stellen. Erfreulicherweise ermöglichte die Behörde den Ange-

hörigen der Wachpolizei die Entwicklung eines eigenen Dienstplanmodells. Einerseits war die „Rund-um-die-Uhr-Präsenz“ zu gewährleisten, andererseits sollten Abwechslung erhalten bleiben und persönliche Belange angemessen berücksichtigt werden. Eine erste Bilanz nach fast sechs Monaten zeigt, dass die Wachpolizei diese neue Aufgabe geschultert hat.

Allerdings ist das nicht ohne Auswirkungen auf den bisherigen Service geblieben. Dass die Flugsicherungsstreife, bezogen auf unser Gesamtpersonal, inzwischen etwa ein Drittel aller verfügbaren Arbeitsstunden in Anspruch nimmt, mussten auch schon die Dienststellen in Form von einigen Absagen ihrer Unterstützungsersuchen feststellen. Die Aufgabenverlagerung zugunsten dieser Schutzmaßnahme war unvermeidlich.

Trotz zusätzlicher Stellenzuweisungen im Polizeivollzugsbereich blicken daher die Planungsverantwortlichen nicht ganz ohne Fragezeichen auf die Zeit nach dem 1. August 2011, wenn auch die Bereitschaftspolizei komplett aus dieser Maßnahme entlassen sein wird und der Personaleinsatz dann komplett zu Lasten des PP Südhessen, insbesondere der Polizeidirektion Groß-Gerau geht. nsp

Der Arbeitsdruck wird immer stärker

Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei Bergstraße

Lorsch. „Ich bin schlicht und einfach müde, ich kann nicht mehr, ich bin platt, kann nicht mehr auf die Straße gehen“. So fasste ein Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der Kreisgruppe Bergstraße die persönliche Situation zusammen. Es ging um die Frage, warum sich die Beschäftigten der Polizei nicht dazu durchringen können, wegen ihrer Situation öffentlich zu demonstrieren. Deutlich machte dies der Kreisgruppenvorsitzende Michael Majewski bei der Jahreshauptversammlung seiner Organisation im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Heppenheim in seinem Jahresbericht. Da war von rund 150 Überstunden die Rede, die jemand in vier Monaten gemacht habe. Da drücke der Schuh wegen der Arbeitszeit von 42 Wochenstunden, was insbesondere den Dienst rund um die Uhr belaste.



V.l., Vorsitzender Mike Majewski, Antonio Pedron, Bezirksgruppenvorsitzender Südhessen, Andreas Grün, Gießen, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hessen. nw

Da mache sich vor allem im Wechselschichtdienst der Personalabbau der vergangenen Jahre bemerkbar. Es bleibe zu wenig Zeit zur Erholung. Wenn jetzt auch noch die Beamten zum Sparschwein der Nation gemacht würden, weil ihnen die für den Tarifbereich ausgehandelte Gehaltserhöhung nur mit sechsmonatiger Verspätung und ohne die vorgesehene Einmalzahlung zuerkannt werde, dann erhöhe sich der Stress noch. Dazu komme, dass die Regierungspolitiker von CDU und FDP den Beamten die gesetzlich vorgesehene Beihilfe kürzen wolle. Das könne die Betroffenen monatlich bis zu 300 Euro mehr für ihre Krankenversicherung kosten.

Aus dem einst aufgestellten „Leitbild“ für die Polizei sei ein „Liedbild“

geworden. Michael Majewski berichtete aber auch über Aktivitäten



Die Senioren der Bergsträßer Polizei waren bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe stark vertreten. nw

wie eine Weinlagenwanderung, einen Besuch im Opel-Werk in Rüsselsheim, ein Grillfest der Pensionäre, die Betreuung der eingesetzten Kollegen bei einer Demonstration in Biblis und er gab einen kurzen Ausblick auf die 60-Jahr-Feier der GdP am 17. September im „Halben Mond“ in Heppenheim. Die von Ingrid Domsel geführte Kasse war in Ordnung, wie ihr Kassenprüfer Fritz Butscher bescheinigte.

Der Stress nimmt zu

Andreas Grün, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP, ging in seinem Referat ebenfalls auf die Tarifgeschichte und die geplante Kürzung der Beihilfe ein. Die GdP habe erste Protestschritte mit einer Postkartenaktion unternommen. Grün machte auch deutlich, dass die Landesregierung die Mitbestimmung der Personalräte der Polizei fast auf Null zusammengestrichen habe und dass Hessen in der Frage der Freistellung von Personalräten das Schlusslicht der Republik bilde. Das zweitschlechteste Land sei Bayern und da gebe es in der Relation zur Beschäftigtenzahl mehr als doppelt so viele Freistellungen. Da könne von Waffengleichheit mit dem Arbeitgeber keine Rede mehr sein. Negativ zu Buche schlage auch das auf 62 Jahre heraufgesetzte Pensionsalter, auch wenn die Gewerkschaft für „belastende Dienste“ eine Besserstellung erreicht habe.

Deutlich werde der Druck auf die Beschäftigten auch durch die immer weiter steigende Kriminalität. Das erhöhe den Stress und führe, so die Statistik, zu erhöhten Krankheitsraten. Bei immer weniger Personal

und zunehmenden Großeinsätzen werde die Arbeit auf immer weniger Schultern verteilt. Hinzu komme, dass es in Hessen rund 1300 eingeschränkt dienstfähige Polizist/innen gebe, die für Großeinsätze nicht verwendet werden dürften. Es werde aber keine Ursachenforschung betrieben, um das abzustellen. Da helfe es auch nicht, dass wieder mehr Polizisten eingestellt würden. Es stelle sich die Frage, wer eigentlich die schütze, die die Sicherheit dieses Landes gewährleisten sollen. Positiv seien die Ausstattung mit Streifenwagen und die Ausstattung der Arbeitsplätze.

Polizisten müssen für ihre Rechte kämpfen

Das sah auch der südhessische GdP-Vorsitzende Antonio Pedron so. Für ihn sei auch positiv, dass sich die Mitgliederzahlen an der Bergstraße und in Südhessen erhöht hätten. Er machte aber auch deutlich, dass die Polizei in großer Zahl auf die Straße gehen müsse, wenn bei den Verhandlungen mit der Politik kein besseres Ergebnis beim Gehalt und bei der Beihilfe herauskomme. Hier werde den Beschäftigten hinterrücks das Geld aus der Tasche gezogen. Man könne nicht davon ausgehen, dass nur Funktionäre auf die Straße gingen.

Die hätten opferten sowieso schon viel freie Zeit für ihr ehrenamtliches Engagement für die Kolleg/innen. Es nütze nichts, mit 300 Leuten zu demonstrieren. Da müssten Tausende Schutzleute zu sehen sein. „Wir brauchen eure Unterstützung“ appellierte er an die Mitglieder. Michael Schweikert, Vorsitzender des Personalrates Südhessen verwies darauf, dass der Etat des Polizeipräsidiums um 3,5 Prozent gekürzt werde. Das sei insofern „blöd“, weil die Fixkosten seit der Privatisierung des Präsidiums gestiegen seien und man nur bei den Fixkosten kürzen könne. Die Personalkosten, die dem „Immobilienmanagement“ zu zahlen seien, seien jetzt um mehr als das Doppelte gestiegen. nw